

Sören Brinkmann

## Die Rückkehr der Vergangenheit: Bürgerkrieg und Diktatur im öffentlichen Meinungsstreit

### 1. Der spanische Schlussstrich: zwischen Amnestie und Amnesie

Als sich nach dem Tod von General Francisco Franco im Herbst 1975 der Weg für eine Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit öffnete, stellte sich, wie in vielen demokratischen Transitionsprozessen, auch in Spanien die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe von 40 Jahren Diktatur. Die heikelste Erblast des Regimes bestand dabei in der Erinnerung an die politische Gewalt und ihre Opfer während des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Der Bürgerkrieg selbst hatte mindestens 150.000 Tote gefordert. Politischen Repressionen waren in der republikanischen Zone nach jüngeren Erkenntnissen zwischen 35.000 und 50.000 Personen, in der sogenannten "nationalen" Zone mindestens 150.000 Menschen zum Opfer gefallen. Darüber hinaus hatten schätzungsweise zwischen 200.000 und 400.000 Menschen als Zwangsarbeiter über viele Jahre hinaus in Arbeitsbataillonen und Straflagern der Franco-Diktatur gelitten, und fast eine weitere halbe Million Personen war nach dem militärischen Zusammenbruch der Republik ins europäische oder überseeische Exil geflüchtet. Viele Opfer von politischen Säuberungen waren zudem überall im Land in anonymen Massengräbern verscharrt worden und gelten – zumindest was die Seite der Kriegsverlierer betrifft – oft bis heute als "Verschwundene" des Krieges.<sup>1</sup>

Eine für den Augenblick des demokratischen Übergangs tragfähige Neutralisierung dieser gewaltigen Erblast erbrachte bekanntlich die Generalamnestie von 1977, die auf dem Willen aller Parteien zu einem grundlegenden Neuanfang ohne historische Belastungen beruhte. Das Gesetz amnestierte nicht nur die politischen Gefangenen des Regimes, sondern garantierte den Gewalttätern beider Lager, darunter auch den Sicherheitskräften des Regimes, Strafflosigkeit. Darüber hinaus begründete die Verabschiedung des Gesetzes eine implizite Abmachung zwischen den politischen Eliten, die jüngste Geschichte ebenso wie die heikle Frage nach Schuld und Verantwortung von der tagespolitischen Debatte auszuklammern. Dabei hatten wiederholte Schuldeingeständnisse historischer Protagonisten auf beiden Seiten schon lange zuvor das Bewusstsein einer Kollektivschuld erzeugt, die ihrerseits zu

---

1 Zur Quantifizierung der Opfer politischer Gewalt in den 30er und 40er Jahren vgl. Juliá 2006.

einer wichtigen Voraussetzung für den gesamten demokratischen Übergangsprozess wurde.

Bilanziert man diesen vergangenheitspolitischen Schlussstrich im Licht der Bürgerkriegskategorien, so wird rasch klar, dass die Verliererseite einen deutlich höheren Preis für die Wiedergewinnung der Demokratie zu zahlen hatte. Zur Niederlage im Krieg und der ungleich größeren Repression gegen die Verlierer gesellte sich die politische und sozialökonomische Diskriminierung der Diktatur, die erst durch den Wirtschaftsboom der 60er Jahre und die damit einhergehende Verbesserung der Lebensbedingungen gemildert wurde. Moralische und materielle Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht ließ dagegen auch nach dem Tod des Diktators lange auf sich warten. So kamen selbst unter den seit 1982 regierenden Sozialisten, die im Bürgerkrieg klar auf der Verliererseite gestanden hatten, nur wenige Opfergruppen in den Genuss von Reparationsleistungen. Stattdessen erklärte der sozialistische Regierungschef Felipe González anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsausbruchs im Jahre 1986, dass der Bürgerkrieg „kein Ereignis [ist], dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte“<sup>2</sup>.

Das offizielle Desinteresse an individuellen Schicksalen und Leiderfahrungen wurde in gewisser Weise kompensiert durch die Präsenz der Fachhistorie, die seit den 70er Jahren Bedingungen und Ursachen des Bürgerkriegs in allen Einzelheiten erforscht und in einer Fülle neuer Publikationen dargelegt hatte. Eine Brücke zu den historischen Protagonisten selbst herzustellen, vermochten die Historiker – etwa im Sinne der *oral history* – in der Regel jedoch nicht. Andererseits fanden sich kaum Indizien dafür, dass durch die offizielle Ausgrenzung der Vergangenheit gesellschaftliche Erinnerungsansprüche übergangen worden wären. Zwar hatten kurz nach der Inkraftsetzung der neuen Verfassung von 1978 in Dörfern und Kleinstädten der spanischen Provinz Opferangehörige mit der Exhumierung von anonymen Gräbern und dem Bau von individuellen Denkmälern begonnen. Die breitere Öffentlichkeit sollte in diesen politisch bewegten Jahren von derartigen Aktivitäten jedoch kaum Notiz nehmen. Mit dem Putschversuch von Oberst Antonio Tejero am 23. Februar 1981 kam diese Bewegung dann außerdem zu einem abrupten Ende, und fortan sollte das kommunikative Gedächtnis der Kriegsverlierer gänzlich schweigen.

---

2 Zitiert nach Bernecker (1988: 18f.).

## 2. Akteure der Erinnerung: Bürgerinitiativen, Medien und Politik

Seit Ende der 90er Jahre, d.h. überraschenderweise gerade in dem Moment des definitiven Aussterbens der Zeitzeugengeneration, zeichnet sich in Spanien ein grundlegender Wandel der öffentlichen Erinnerungskultur ab. Im Jahr 2000 gründete der Lokaljournalist Emilio Silva in der zentralspanischen Region Kastilien-León eine Bürgerinitiative zur "Rückgewinnung der historischen Erinnerung" (*Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*, ARMH) und exhumierte in der leonesischen Ortschaft Priaranza del Bierzo ein anonymes Massengrab, in dem sich neben 12 weiteren Skeletten auch die sterblichen Überreste seines im Bürgerkrieg ermordeten Großvaters befanden. Die Exhumierungen von León hatten für das ganze Land eine überraschende Signalwirkung: 25 Jahre nach dem Tod des Diktators rückte plötzlich die Frage nach den *desaparecidos*, den Verschwundenen des Krieges, ins öffentliche Bewusstsein. Wie selbstverständlich wurde eines der düstersten Kapitel der Zeitgeschichte aufgeschlagen, namentlich jenes der teils spontanen, teils systematischen Gewaltexzesse und Hinrichtungen, die zu Kriegsbeginn und danach auf beiden Seiten der Front durch Städte und Dörfer fegten. Ein jahrelang verborgenes Wissen um die in Straßengräben sowie auf Äckern und Feldern verscharften Opfer der franquistischen Gewalt brach sich Bahn, und rasch machte die Zahl von mindestens 30.000 nicht identifizierten Toten die Runde.

Von León ausgehend, breitete sich die Bewegung mittels zahlreicher lokaler Initiativen über das ganze Land aus. So zählt die ARMH von Emilio Silva mittlerweile neun regionale Arbeitsgruppen. Wenig später gründeten Aktivisten, die dem Linksbündnis (*Izquierda Unida*) nahestanden, das "Erinnerungsforum" (*Foro por la Memoria*), das neben anderen Aktivitäten vor allem mit dem Betrieb einer permanent aktualisierten Nachrichtenseite im Internet für die Bewegung insgesamt einen wertvollen Kommunikationsdienst leistet. Darüber hinaus ist in den vergangenen Jahren eine kaum mehr überschaubare Anzahl weiterer, lokal oder regional verankerter Vereine und Bürgerinitiativen auf den Plan getreten, die – zumeist über das Internet vermittelt – die Interessen von Opfern und Angehörigen vertreten und sich an der Suche nach den Verschwundenen beteiligen.<sup>3</sup>

Begleitet wurde diese zivilgesellschaftliche Mobilisierung von einem rasch wachsenden Interesse der Öffentlichkeit. Die Massenmedien etwa berichteten bald nicht mehr nur über die Aktivitäten der Bürgerinitiativen, sondern gingen dazu über,

---

3 Alexandre Froidevaux (2007) weist darauf hin, dass auch vor dem durch die ARMH ausgelösten Boom bereits Geschichtsvereine und Bürgerinitiativen existierten, die bis zur Jahrtausendwende von einer breiteren Öffentlichkeit jedoch kaum beachtet worden waren.

selbst Reportagen und Dokumentarfilme zu Bürgerkrieg und Franquismus zu produzieren. Eine geradezu modische Begeisterung entfaltete sich darüber hinaus in der Geschichtswissenschaft, wo man den inhaltlichen Fokus um all jene Bereiche der Zeitgeschichte erweiterte, die bis dahin nur geringe Aufmerksamkeit erhalten hatten. Eine wahre Flut von Neuerscheinungen zur franquistischen Repression in allen Teilen Spaniens sowie zum Schicksal von Milizionärinnen, Homosexuellen, Guerillakämpfern, Zwangsarbeitern und Exilanten überschwemmt so seit Ende der 90er Jahre den spanischen Buchmarkt. Und parallel dazu haben bereits zahllose Ausstellungen, Fachtagungen und Kongresse unterschiedlichster Urheberschaft ebenfalls dazu beigetragen, die Geschichte von Republik, Bürgerkrieg und Repression in einer nie zuvor gesehenen Weise in die Öffentlichkeit zu tragen. Zwar kann dabei nicht jeder Beitrag innovativen Charakter beanspruchen; außer Frage steht aber, dass sich das Wissen bezüglich der franquistischen Repressionspolitik sowohl hinsichtlich ihrer Methoden als auch mit Blick auf ihren Umfang in den letzten Jahren substantiell erweitert und präzisiert hat.

Den eigentlichen Kern dieser neuen "Erinnerungsbewegung" aber bilden weiterhin die Bürgerinitiativen, die ihrerseits eine große Heterogenität aufweisen. Sergio Gálvez Biesca (2006) hat daher Ende 2005 versucht, die zu diesem Zeitpunkt rund 170 registrierten Gruppierungen nach Art, Zielsetzung und geographischer Verortung zu ordnen. Gálvez unterscheidet vier verschiedene Arten von Erinnerungsgruppen: allgemeine Initiativen mit landesweiter Ausstrahlung wie die ARMH oder das *Foro por la Memoria*; Initiativen bestimmter Opfergruppen (politische Gefangene, Widerstandskämpfer etc.); Vereine, die sich, wie die *Asociación de los Pozos de Caudé*, um den Erhalt bestimmter Erinnerungsorte kümmern; sowie Geschichtsvereine, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene zur Dokumentation der jüngsten Vergangenheit arbeiten. Auffällig ist dabei, dass die geographische Verteilung all dieser Initiativen höchst ungleichmäßig ist. So findet sich die Mehrzahl der Verbände in den drei Autonomen Gemeinschaften Madrid, Katalonien und Andalusien, während in Kantabrien, Navarra, der Extremadura, den beiden Kastilien und auf den Balearen- und Kanareninseln sehr geringe zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu verzeichnen waren. Im Mittelfeld rangieren Autonome Gemeinschaften wie Galicien, Asturien, das Baskenland und Valencia. Die Ursachen für diese regionalen Disparitäten sind vielfältig und reichen von sozialstrukturellen Umständen wie etwa der generell größeren Dynamik der Zivilgesellschaft in Katalonien bis hin zu den unterschiedlichen Betroffenheiten der einzelnen Regionen von Krieg und Repression.

Was die Beziehungen der einzelnen Verbände zueinander betrifft, so sind hier insbesondere unter den landesweit operierenden Gruppierungen sehr rasch beträcht-

liche Gegensätze zutage getreten, die einer koordinierten Zusammenarbeit oder gar der Gründung eines gemeinsamen Dachverbandes bislang im Wege standen. Als Rivalen betrachten sich insbesondere das *Foro por la Memoria* und die ARMH, die als Pionierverband der Bewegung mehr offen als versteckt eine Führungsrolle anstrebt. Die Rivalität ist vor allem aber inhaltlich begründet und offenbart zwei grundverschiedene Konzepte von dem, was besonders mit Blick auf die Exhumierung der "Verschwundenen" als Erinnerungsarbeit verstanden wird. Ihrer eigenen Herkunft entsprechend, betont die Gruppierung um Emilio Silva in erster Linie das Recht der Familienangehörigen auf Aufklärung und ist ansonsten um politische Neutralität bemüht. Das "Erinnerungsforum" dagegen entstand als vergangenheitspolitische Initiative aus dem Umkreis der Kommunistischen Partei und kämpft nach eigener Aussage nicht zuallererst für die Rechte der Angehörigen, sondern für die Erinnerung an das politische Erbe, das die Opfer der franquistischen Repression repräsentieren. Ob diese politische Instrumentalisierung der Vergangenheitsarbeit angemessen ist, mag dahingestellt bleiben. Durchaus begründet war allerdings die Kritik des Forums an der Arbeit der ARMH, insofern sie dieser mangelnde Systematik nachweisen konnte (Pedreño 2004). So ließen insbesondere die ersten Exhumierungen ein fachmännisches forensisches Protokoll vermissen, während man zugleich in der Regel auf eine gerichtliche Anzeige der Todesfälle verzichtete und so das historische Geschehen gleichsam "privatisierte". Im Raum stand damit die Gefahr, dass wertvolle Daten zum Ausmaß der franquistischen Repression verloren gehen und die Vergangenheitsarbeit letztlich gar zur Verschleierung historischer Fakten beiträgt. Seither wird deshalb allenthalben die berechnete Forderung erhoben, der Staat müsse die Exhumierung der "Verschwundenen" des Bürgerkriegs in seine Hände nehmen.

Der so plötzlich entstandene Erinnerungsboom wirft zweifellos Fragen auf. An erster Stelle rangiert dabei diejenige nach dem Startzeitpunkt der Bewegung rund 25 Jahre nach dem Tod des Diktators. Anstelle einer eindeutigen Erklärung aber bleibt hier lediglich der Verweis auf verschiedene Faktoren, darunter vor allem die politische Großwetterlage zur Jahrtausendwende, die das Entstehen der Erinnerungsbewegung begünstigt zu haben scheint. Denn die landesweite Ausbreitung der Bewegung fiel zusammen mit der zweiten Legislaturperiode der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*, PP) unter José María Aznar, der im Jahr 2000 eine absolute Mehrheit gewonnen hatte. Für die von der Wahlschlappe gedemütigten Oppositionsparteien bot die Erinnerungsbewegung einen willkommenen Anknüpfungspunkt, um wieder in die Offensive zu gehen. Nachdem man sich in der spanischen Politik mehr als 20 Jahre vor jedem Hinweis auf die jüngere Geschichte gescheut hatte, traten die Linksparteien nun plötzlich mit einer Reihe von parlamentarischen

Initiativen hervor, die neben Reparationsmaßnahmen zugunsten der Opfer auch eine politische Verurteilung von Militärputsch und Diktatur forderten. Obgleich für den ausländischen Beobachter nur auf den zweiten Blick ersichtlich, entsprach diese Forderung im innerspanischen Diskurs genau genommen einer Abkehr von der einst allgemein akzeptierten Kollektivschuldthese. Auf Seiten des *Partido Popular* sperrte man sich zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht prinzipiell gegen eine Anerkennung der Diktaturopfer. Mit der einseitigen Verurteilung des Franquismus aber war für die Regierungspartei offenbar eine Grenze überschritten, weshalb sie alle weiteren Anträge der Opposition bis zum Ende der Legislaturperiode blockierte.

Von der parteipolitischen Unterstützung abgesehen, haben manche Autoren versucht, das gegenwärtige Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf eine Veränderung in der Generationenstruktur der spanischen Gesellschaft zurückzuführen. Die Hypothese gründet auf der Beobachtung, dass als Protagonisten der Bürgerinitiativen oftmals Personen in Erscheinung treten, die der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen angehören. Wie aber erklärt sich das geschichtspolitische Interesse bei den Enkeln der Bürgerkriegsgeneration, während bei der Generation ihrer Eltern in Umfragen immer wieder vor allem Indifferenz gegenüber der Franco-Zeit festgestellt werden konnte? Für Julio Aróstegui (2006) ist der historische Erfahrungshorizont der jeweiligen Altersgruppe von entscheidender Bedeutung. Für die Kinder der Kriegsgeneration, die die Folgen des Bürgerkriegs zu tragen hatten, wurde die friedliche Überwindung des Franquismus zu einer zentralen Lebensfrage, weshalb Versöhnungs- und Konsensbereitschaft in dieser Altersgruppe besonders ausgeprägt waren. Die Sozialisierung der Enkelgeneration erfolgte dagegen während des demokratischen Übergangs und in den ersten Jahren der jungen Demokratie – einer Zeit, die durch die bewusste Tabuisierung der Vergangenheit geprägt war. Zwar mag es unzählige Gegenbeispiele geben. Als generelle Tendenz aber scheint festzustehen, dass die politischen Grundeinstellungen der Transition mit dem allmählichen Rückzug der Nachkriegsgeneration aus dem öffentlichen Leben seit Beginn der 90er Jahre ebenfalls verschwanden. Und an ihre Stelle trat nicht nur eine neue Polarisierung der politischen Konzepte und Ideen, sondern vor allem auch die kritische Hinterfragung des politischen Erbes der vorangegangenen Generation und somit auch der Transition und ihrer Ergebnisse.

Der Einfluss dieses Generationenfaktors ist durchaus greifbar und spiegelt sich letztlich auf beiden Seiten des politischen Spektrums. So wurde etwa der Wahlsieg der konservativen Volkspartei im Jahr 1996 von einer besonders großen Anzahl relativ junger Parteianhänger euphorisch begleitet, und bis heute trägt der mit 70.000 Anhängern mitgliederstarke Jugendverband der Partei, *Nuevas Generaciones*, einen

neuen Stolz auf konservative Positionen und nationalistische Bekenntnisse zur Schau, der in den 70er und 80er Jahren nur selten zu finden war. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums scheint seit der Jahrtausendwende dagegen die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ebenso wie mit deren Tabuisierung seit 1975 zu einer Art Generationenidentität geworden zu sein (Aróstegui 2006; Ledesma / Rodrigo 2006).

### 3. Die Vergangenheitspolitik in der politischen Arena

Trotz der rasant gewachsenen Aufmerksamkeit gegenüber den Opfern des Franquismus waren die Aussichten auf Unterstützung durch die Politik am Vorabend der Parlamentswahlen von 2004 sehr gering. Die Umfragen prognostizierten einen klaren Wahlsieg der Volkspartei, die ihrerseits jede kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ablehnte. Bekanntlich waren es dann aber die islamistischen Terroranschläge auf mehrere Madrider Vorortzüge drei Tage vor den Wahlen, in deren Folge die Sozialisten unverhofft den Sieg davontragen konnten.<sup>4</sup> Und der neue Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero, dessen Großvater als Republikaner ebenfalls den aufständischen Militärs zum Opfer gefallen war, beeilte sich gleich darauf, institutionelle Unterstützung für die Bürgerinitiativen in Aussicht zu stellen. Im September erhielt sodann eine "Interministerielle Kommission" den Auftrag, "die Situation der Opfer des Bürgerkriegs und des Franquismus" zu untersuchen und Maßnahmen für deren "moralische und juristische Rehabilitierung" vorzuschlagen.<sup>5</sup>

Die hierdurch geweckten Hoffnungen auf eine rasche Unterstützung der Bürgerinitiativen sollten jedoch schon bald enttäuscht werden. Dreimal ließ die Kommission unter Vorsitz der Vizeregierungschefin María Teresa Fernández de la Vega ihre eigene Terminvorgabe für die Präsentation eines Gesetzentwurfs verstreichen.<sup>6</sup> Dabei lag es offenbar nicht am Eifer der Kommission, sondern vielmehr an der Komplexität der Materie und der Vielzahl der zu berücksichtigenden Interessen. Bis Mitte April 2005 hatte die Kommission nach eigenen Angaben fast 700 Schreiben erhalten, die die unterschiedlichsten Wünsche von Verbänden und Institutionen aus

---

4 Entgegen anderslautenden Indizien hatte die Regierung versucht, der baskischen Terrororganisation ETA die Verantwortung für das Attentat zuzuschreiben. Bis zum Vorabend der Wahl wuchsen in der Bevölkerung jedoch massive Zweifel an dieser Interpretation. Eine Welle des Protests gegen die irreführende Informationspolitik der Regierung formierte sich und führte schließlich zur Abwahl des *Partido Popular*.

5 *El País* vom 11.9.2004.

6 Ursprünglich war geplant, noch vor dem Sommer 2005 die Kommissionsergebnisse zu veröffentlichen (*El País* vom 16.3.2005).

dem ganzen Land dokumentierten. Mit dieser Vorschlagsflut und der erklärten Absicht der Regierung, die Gesamtheit der so vielfältigen Opferschicksale aus vier Dekaden Geschichte zu berücksichtigen, waren die Ansprüche an das geplante Gesetzesprojekt jedoch fast ins Unermessliche gewachsen.

Aus Sicht der Bürgerinitiativen stand ganz oben auf der Wunschliste die finanzielle Beteiligung des Staates an der Exhumierung der schätzungsweise 30.000 in anonymen Massengräbern vermuteten Opfer der franquistischen Repression. Ebenso wichtig und – angesichts des hohen Alters vieler Betroffener – dringlich erschien eine endgültige Regelung von Entschädigungs- und Pensionsansprüchen zugunsten der verschiedenen Opfergruppen. Zwar war hier im Sinne der Versöhnungspolitik von staatlicher Seite schon zuvor einiges unternommen worden. Opfergruppen beklagten aber die relativ geringen Leistungen sowie zahlreiche Lücken in der Gesetzgebung.<sup>7</sup> Ebenso lückenhaft war die Gesetzgebung zur Rückerstattung von durch das Franco-Regime beschlagnahmtem Privateigentum, insofern diese lediglich die Ansprüche von Parteien und Gewerkschaften, nicht aber die von Privatpersonen und anderweitigen Institutionen berücksichtigte. Völlig ohne gesetzliche Anerkennung blieb zudem das Schicksal von Folteropfern sowie von den bis zu 400.000 geschätzten Zwangsarbeitern, deren Arbeitskraft in verschiedenen staatlichen Infrastrukturprojekten sowie von privaten Bauunternehmen ausgebeutet worden war.<sup>8</sup> Auf Anerkennung als Opfer des Franquismus warteten aber auch die Exilanten, und schließlich standen noch die Forderungen der *maquis*, jener anti-franquistischen Guerillakämpfer, im Raum, die den Status als reguläre Soldaten mit entsprechenden Pensionsleistungen beanspruchten.<sup>9</sup>

Zu den vielfältigen Reparationsansprüchen von Seiten der Betroffenen gesellten sich außerdem Forderungen technischer Art wie diejenige, die Stätten anonymer Massengräber möglichst unbürokratisch auch *de iure* in Friedhöfe umwandeln zu können. Von Angehörigen vielfach vorgetragen wurde des Weiteren die Forderung nach einer vollständigen Öffnung aller zivilen und Militärarchive, die Aufschluss über die franquistische Repression geben können. Und schließlich erhob die Bewe-

---

7 Im Fall von politischen Häftlingen des Franquismus etwa hatte die Regierung González 1990 ein entsprechendes Entschädigungsgesetz verabschiedet, das allerdings nur diejenigen berücksichtigte, die mindestens drei Jahre inhaftiert waren und zum Zeitpunkt der Gesetzgebung ein Alter von mindestens 65 Jahren erreicht hatten. Auf eine Empfehlung des Ombudsmannes hin begannen dann seit 1996 die Regierungen der 17 Autonomen Gemeinschaften, eigene Regelungen zu verabschieden, die die Lücken in der zentralstaatlichen Gesetzgebung mehr oder minder großzügig ausfüllten.

8 Vgl. hierzu *El País* vom 25.10. 2002.

9 Im Juni 2005 brachten die katalanischen und baskischen Nationalistenparteien einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Vgl. hierzu *Europa Press* vom 2.6.2005.

gung Anspruch auf Mitsprache bei der Gestaltung und Vermittlung einer offiziellen Erinnerungskultur. Dabei reichten die Vorschläge von der Einrichtung offizieller Gedenkstätten für die Repressionsopfer über die Revision der Schulgeschichtsbücher bis hin zur Festlegung eines gesetzlichen Gedenktages für die Opfer des Franquismus und des antifranquistischen Widerstands.<sup>10</sup>

Politisch besonders heikel war der Forderungskatalog der Opfergruppen überall dort, wo er grundlegende juristische Fragen tangierte. Im Mittelpunkt standen hier die zahllosen, politisch motivierten Standgerichtsurteile aus Kriegs- und Nachkriegszeiten, die sogenannten *juicios sumarísimos*. Angehörige waren bereits mehrfach mit dem Versuch gescheitert, derartige Urteile zu revidieren, weshalb eine Annullierung per Gesetz als einziger Weg erschien. Aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* und *Equipo Nizkor* aber durfte auch die Annullierung von Unrechtsurteilen nicht der letzte Schritt sein. Stattdessen erhoben sie Anspruch auf rückhaltlose Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen der franquistischen Diktatur – eine Forderung, die der Aufkündigung des Amnestiegesetzes von 1977 und der darin enthaltenen Straflosigkeit der Täter entsprach.<sup>11</sup>

Angesichts des Umfangs der Forderungen können die Verzögerungen kaum überraschen. Mit der vom spanischen Parlament im Juni beschlossenen Deklaration des Jahres 2006 zum “Jahr der Erinnerung” war ein Zurück jedoch nun auch aus Prestige Gründen nicht mehr möglich. Und tatsächlich sollte die Regierung nach fast zwei Jahren Kommissionsarbeit Ende Juli 2006, mithin dem letzten Sitzungstag vor der Sommerpause, einen entsprechenden Gesetzentwurf präsentieren. Timing und Inhalt zielten dabei offenkundig auf das Wohlwollen der konservativen Opposition.<sup>12</sup> Denn anstelle einer expliziten Bewertung der franquistischen Diktatur enthielt die Präambel des Entwurfs eine allgemeine Verurteilung von Gewalt als Mittel der Politik, und in gleicher Weise richtete sich der Gesetzestext nicht an eine bestimmte Opfergruppe, sondern an alle, die in der jüngeren spanischen Geschichte Opfer von politisch motivierter Gewalt und Verfolgung geworden waren. Obgleich die eigentliche Zielgruppe weiterhin die Opfer des Franquismus blieben, versuchte die Regierung also, die Reparationspolitik eingedenk der Mitverantwortung der Linken am Kriegsausbruch

---

10 So etwa das *Foro por la Memoria* in einer Verlautbarung vom 28.9.2004, in: <<http://www.nodo50.org/foroporlamemoria/>> (2.4.2008).

11 Vgl. hierzu *Equipo Nizkor* 2004 und *Amnistía Internacional* 2005. Dieser Forderung schloss sich auch das *Foro por la Memoria* an.

12 Für die Präsentation des Gesetzentwurfs hatte man zuvor drei symbolische Daten – den 75. Gründungstag der Zweiten Republik am 14. April, die Deklaration des Jahres 2006 zum “Jahr der Erinnerung” am 22. Juni und den Jahrestag des Kriegsausbruchs am 18. Juli – verstreichen lassen: offenkundig in der Absicht, möglichst wenig Aufsehen zu erregen.

an die Versöhnungspolitik der Transition anzuschließen und auf jede einseitige Schuldzuweisung explizit zu verzichten.<sup>13</sup>

Wie sich bereits zuvor deutlich abgezeichnet hatte, sollten die Zugeständnisse an die Adresse der konservativen Opposition jedoch nicht belohnt werden. Stattdessen bezeichnete Manuel Rajoy, der Führer des *Partido Popular*, die Regierungspläne als „enormen Fehler“ und warf Zapatero vor, „alte Wunden aufzureißen“ und die Ergebnisse der Transition revidieren zu wollen. Weshalb aber sperrt sich die Volkspartei auch jetzt noch gegen jede Art der historischen Wiedergutmachung gegenüber den Verlierern? Und warum beharren ihre Führer auf der Weigerung, ein Regime zu verurteilen, das nach allen Kriterien des internationalen Rechts als Unrechtsstaat gelten muss? Aus Sicht des *Partido Popular* ist offenbar nicht der Charakter des Regimes an sich, sondern die vermeintliche Unausweichlichkeit seiner Entstehung der entscheidende Bezugspunkt. Zwar hat man sich mittlerweile von dem franquistischen Mythos der kommunistischen Verschwörung, die Spanien in den 30er Jahren angeblich bedroht hatte, verabschiedet. Im Lichte der nachweislichen Radikalisierung von Teilen der Linken im Vorfeld des Bürgerkriegs erscheint der Militärputsch gegen die Zweite Republik jedoch für die Konservativen auch aus der Sicht des 21. Jahrhunderts als eine Art „kleineres Übel“ und somit als legitim. Die historische Unterfütterung hierzu liefert seit einigen Jahren eine neue pseudowissenschaftliche Publizistik mit tausendfachem Verbreitungserfolg, in deren Schriften der Ausbruch des Bürgerkriegs regelmäßig vom 18. Juli 1936 auf den 6. Oktober 1934 vorverlegt wird. Dieses Datum markiert den Beginn eines revolutionären Generalstreiks, den die von ihrer gewerkschaftlichen Basis getriebene Sozialistische Partei aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung einer ultrarechten Parteienallianz ausgerufen hatte und der mit Blick auf die Destabilisierung der Republik für die Linke in der Tat zum Sündenfall geworden war.<sup>14</sup>

Auf dieser Grundlage an der historischen Legitimität des Putsches festzuhalten, verdreht jedoch das Gewicht der beidseitigen Opfer- und Täterschaften und verwischt zudem die Tatsache, dass die sogenannte Versöhnung erst nach knapp 40 Jahren diktatorischer Herrschaft der Sieger zustande kam. Nur unter dieser Voraussetzung aber kann aus dem Anspruch auf Reparation und kritische Auseinandersetzung mit der Diktatur historischer „Revanchismus“ werden. Und nur so ist es möglich, der sozialistischen Regierung die Spaltung des Landes vorzuwerfen, wie dies im Kommunalwahlkampf vom Mai 2007 Ex-Regierungschef José María Aznar auf einer Wahlkampfveranstaltung in der Provinz Zaragoza hat, als er sagte: „Zapatero

---

13 Vgl. hierzu Consejo de Ministros 2006.

14 Vgl. hierzu insbesondere Moa 2004.

hat erreicht, dass die eine Hälfte Spaniens die andere Hälfte nicht mehr akzeptiert. Genau das politische Schema, das uns vor 70 Jahren zum schlimmsten Moment unserer Geschichte führte, will man nun wiederholen.”<sup>15</sup> Die Anspielung auf den Bürgerkrieg war offenkundig, und dementsprechend wurde sie auch von den Medien interpretiert. Die kuriose Pointe der Affäre war indes, dass die sozialisten-nahe Tageszeitung *El País* am folgenden Tag richtigstellen musste, dass Aznar den Begriff “Bürgerkrieg” nicht gebraucht habe.

Der unverhältnismäßig scharfe Ton des ehemaligen Regierungschefs im Umgang mit dem politischen Gegner war dabei keineswegs eine Entgleisung, sondern gehört seit der knappen Wahlniederlage des *Partido Popular* im März 2004 zur politischen Strategie der Parteispitze. Im Fadenkreuz dieser Frontalopposition stand – neben der Vergangenheitspolitik und verschiedenen anderen Reformprojekten der Sozialisten – die politische Bewältigung der islamistischen Terroranschläge von Madrid, die zumindest indirekt für den Wahlsieg Zapateros verantwortlich waren. Die Angriffe auf die sozialistische Regierung reichten hier von dem Vorwurf einer bewussten Instrumentalisierung der Anschläge bis hin zu dem Versuch, deren Urheber mit der baskischen Separatistenorganisation ETA in Verbindung zu bringen<sup>16</sup>, um so die auf eine Verhandlungslösung ausgerichtete Antiterrorpolitik der Regierung Zapatero in Bezug auf das Baskenland zu diskreditieren. Ein wichtiger Helfershelfer hierbei war der “Verband der Opfer des Terrorismus” (*Asociación de Víctimas del Terrorismo*, AVT), der als Vertreter von Opfern des ETA-Terrors und der Madrider Anschläge auf mehreren Großdemonstrationen gegen die Regierungspolitik gleichsam als Lautsprecher des *Partido Popular* fungierte. Zwar hatte sich die deutlich größere Zahl der Opferangehörigen des 11. März ursprünglich anderen, eher sozialistennahen Verbänden angeschlossen. Mit ihrer klaren ideologischen Parteinahme auch weit jenseits der eigentlichen Verbandsinteressen und ihrer medialen Präsenz ist es der AVT unter ihrem scharfzüngigen Präsidenten jedoch gelungen, ein wichtiges Feld zu besetzen und gleichsam als asymmetrische Antwort auf die Opferrhetorik der Erinnerungsbewegung das moralische Kapital der Opfer des Terrorismus für das konservative Lager zu aktivieren.

Abgesehen von der Konkurrenz des konservativen Opferdiskurses der AVT wird der moralische Anspruch der Erinnerungsbewegung auf derselben Ebene der Vergangenheit noch durch einen weiteren Akteur in Frage gestellt: die katholische Kir-

---

15 Vgl. *El País* vom 24.5.2007.

16 Im Laufe der mehr als zweijährigen polizeilichen Untersuchungen haben sich alle Verdachtsmomente in dieser Hinsicht als haltlos erwiesen. Dennoch finden sich im konservativen Lager bis zum heutigen Tag namhafte Verfechter dieser Theorie.

che. In den letzten Jahren der franquistischen Diktatur hatte sich die Kirchenhierarchie mehrheitlich vom Regime distanziert und 1971 in einer aufsehenerregenden Erklärung mit Blick auf den berüchtigten Hirtenbrief der spanischen Bischöfe vom 1. Juli 1937<sup>17</sup> Fehlverhalten im Bürgerkrieg eingeräumt und um Verzeihung gebeten. In einer pastoralen Stellungnahme zur "aktuellen Situation Spaniens" vom November 2006 diagnostizierten die Bischöfe nun jedoch mit Blick auf die Pläne der Regierung eine Instrumentalisierung "der historischen Erinnerung in selektivem Geist", die alte Wunden aufreißt. Zugleich fand im Herbst 2007 das Seligsprechungsverfahren für insgesamt 498 "Märtyrer des 20. Jahrhunderts" in einer großen Pilgerfahrt spanischer Katholiken nach Rom seinen Höhepunkt. Bei den Märtyrern handelt es sich fast ausnahmslos um Opfer der religiösen Verfolgungen aus der Zeit des Bürgerkriegs, deren Beatifikation allerdings in keinem Zusammenhang mit der aktuellen politischen Konjunktur in Spanien stehe, wie der Sprecher der spanischen Bischofskonferenz zuvor beteuerte.<sup>18</sup>

Zwar ist die Befürchtung, dass angesichts der aktuellen, von der Linken dominierten Erinnerungskonjunktur die Opfer der revolutionären Gewalt in der republikanischen Zone in Vergessenheit geraten könnten, nicht gänzlich unbegründet. Der Rückfall in "nationalkatholische" Terminologie und Symboliken unterstreicht andererseits jedoch nur die lang zuvor vollzogene ideologische Verhärtung des spanischen Katholizismus. Weitgehend unfähig zum gesellschaftlichen Dialog, flüchten sich Teile der Kirchenhierarchie in politischen Aktivismus, der seit der Regierungsübernahme der Sozialisten im Jahr 2004 vor allem darauf abzielt, die Frontalopposition des *Partido Popular* in zentralen gesellschaftspolitischen Feldern zu flankieren. Mit Blick auf die spanische Gesellschaft insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass die Kirche seit der Transition dramatisch an Einfluss verloren hat und dass ihre Einmischung in die Tagespolitik von einer großen Mehrheit der Bevölkerung keinesfalls goutiert wird. Darüber hinaus dürfte auch das provokante Auftreten des *Partido Popular* als Sachwalter des franquistischen Erbes in der spanischen Bevölkerung kaum auf mehrheitliche Zustimmung stoßen.

Zugleich haben Umfragen allerdings immer wieder gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung ein breites Wohlwollen gegenüber der Franco-Diktatur herrscht, wodurch eine klare ethische Verurteilung erschwert wird. Für den öffentlichen Umgang mit der Vergangenheit hat dies beträchtliche Konsequenzen, inso-

---

17 Mit dem Hirtenbrief vom 1. Juli 1937 hatte der spanische Episkopat die vom Militär ein Jahr zuvor begonnene Erhebung gegen die spanische Republik als Kreuzzug gegen den Kommunismus gerechtfertigt. Nur zwei Bischöfe hatten ihre Unterschrift verweigert.

18 Vgl. *El País* vom 27.4.2007.

fern es der Volkspartei offenkundig erlaubt, gezielt das katholische und erzkonservative Milieu anzusprechen, ohne dabei größere Sympathieverluste in der politischen Mitte befürchten zu müssen. Die Motivation für den *Partido Popular* wiederum entspringt vermutlich dessen Herkunft aus Teilen des franquistischen Establishments, die sich als eine Art soziologischer Kontinuität in den Führungszirkeln der Partei teilweise bis heute fortsetzt. Die Verurteilung des Franquismus als Unrechtsstaat dürfte daher den persönlichen und familiengeschichtlichen Identitäten vieler führender Vertreter des *Partido Popular* widersprechen. Darüber hinaus stünde eine derartige Positionierung im Widerspruch zu den wahlstrategischen Interessen der Partei, insofern diese auch weiterhin daran interessiert sein dürfte, die erzkonservativen Ränder des Wählerspektrums zu integrieren. Tatsache ist jedenfalls, dass seit der Transition keine der vielen rechtsextremen Splitterparteien, die in Spanien existieren, auch nur in die Nähe einer parlamentarischen Repräsentation gelangen konnte.

Während der Versuch der Sozialisten, die konservative Opposition für ihre vergangenheitspolitische Initiative zu gewinnen, ins Leere lief, hatte sich auf der Linken bereits eine zweite Front gegen das Projekt geöffnet. Vertreter von Verbänden und Parteien kritisierten, dass die Kommission in einigen wichtigen Aspekten weit hinter den Forderungen von Bürgerinitiativen und Menschenrechtsgruppen zurückgeblieben war. Die ebenso zentrale wie komplexe Frage einer gesetzlichen Annullierung aller militärischen Standgerichtsurteile des Regimes etwa wollte die Regierung mit der Schaffung eines Rehabilitierungsausschusses ohne juristische Kompetenzen umgehen. Kritisiert wurde außerdem, dass der Staat trotz der Ankündigung finanzieller Hilfen und infrastruktureller Unterstützung die Exhumierung von anonymen Massengräbern weiterhin in der Verantwortung zivilgesellschaftlicher Akteure belassen wollte und dass er aus Furcht vor politischen Konflikten in den Gemeinden auf eine obligatorische Entfernung der letzten franquistischen Herrschaftszeichen aus dem öffentlichen Raum verzichtete.<sup>19</sup> Für *Amnesty International* indes bestand die eigentliche Problematik darin, dass der Vorschlag der Regierung eine juristische und strafrechtliche Aufarbeitung der franquistischen Gewalt verhindere und so den Täterschutz des Amnestiegesetzes von 1977 fortschreibe, weshalb die Organisation den Entwurf als "Schlussstrichgesetz", als *Ley de Punto Final*, denunzierte.<sup>20</sup>

---

19 Zu den Kommentaren von Parteien und Verbänden vgl. *El País* vom 3.8.2006.

20 Vgl. *El Mundo* vom 16.11.2006. Als *Ley de Punto Final* wird für gewöhnlich das unter dem argentinischen Präsidenten Raúl Alfonsín 1986 beschlossene Gesetz über das Ende der Strafverfolgung aller an den Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur beteiligten Soldaten und Offiziere bezeichnet.

Trotz der geradezu utopischen Qualität, die die Forderung nach einer strafrechtlichen Aufarbeitung der Franco-Diktatur derzeit hat, schlossen sich einige Teile der Erinnerungsbewegung dieser Bewertung an. Pate stand dabei jedoch nicht immer die reine Verpflichtung auf die Menschenrechte. Abgesehen von denjenigen, die in der Vergangenheitsarbeit vor allem nach familiengeschichtlicher Aufklärung suchen, hat die Bewegung mittlerweile viele politische Aktivisten angezogen, die die günstige Konjunktur für anderweitige Ziele zu nutzen suchen. Anders als die Pionierorganisation von Emilio Silva hat etwa das *Foro por la Memoria* unter der Führung von José María Pedreño die Vergangenheitsarbeit stets ausdrücklich mit politischen Zielsetzungen verbunden. Fluchtpunkt all dessen ist der Frontalangriff auf die Transition, der von Linksintellektuellen wie Vicenç Navarro erst vor kurzem in die öffentliche Debatte getragen wurde (Navarro 2003). „Das Amnestiegesetz von 1977 und alle nachfolgende Gesetzgebung, die auf ihrem Geist gründete“, schreibt Pedreño, „verhindern in der Gegenwart die Weiterentwicklung zu einer fortschrittlichen Demokratie [...]“ Darüber hinaus glaubt der Präsident des Forums, „dass das spanische Königshaus hinter allem steht, was eine Untersuchung der Straffreiheit des franquistischen Regimes in unserem Land behindert“ (Pedreño 2005).

Die Frage, was man sich unter einer „fortschrittlichen Demokratie“ vorzustellen hat, beantwortet die seit einiger Zeit in weiten Teilen der Erinnerungsbewegung höchst populäre Verehrung für die Zweite Republik der 30er Jahre, die für viele längst zum idyllischen Gegenbild einer unbehaglichen Gegenwart geworden ist und so die messianische Forderung nach einer Dritten Republik nährt. Vorläufiger Höhepunkt dieser Begeisterung war der 75. Jahrestag der Proklamation der Zweiten Republik am 14. April 2006. Hatte die republikanische Geschichte wegen ihres fatalen Endes und ihrer Untauglichkeit als Vorbild für die postfranquistische Monarchie lange Zeit als Sperrzone der öffentlichen Erinnerung gegolten, so wurden ihr im April 2006 erstmals in fast 30 Jahren Demokratie landesweit zahlreiche vorwiegend private Ausstellungen und Gedenkfeiern gewidmet. Und selbst die sozialistische Regierung ließ sich – gegen heftige Angriffe von rechts – zu einer schüchternen Rehabilitierung der Zweiten Republik als „wichtigste demokratische Erfahrung“ und „unmittelbarsten Vorläufer“ der gegenwärtigen Demokratie hinreißen.<sup>21</sup> Während die Sozialisten hiermit jedoch eher zur historischen Aufklärung über eine Schlüsselepoche der jüngeren Geschichte beitragen wollten, ging es vielen privaten Initiativen vor allem um unkritische Verklärung und die politische Absicht, die parlamentarische Monarchie der Gegenwart zu delegitimieren.

---

21 ABC vom 23.6.2006.

Blickt man auf die Umfrageergebnisse zur Präferenz der Staatsform, so zeigt sich jedoch, dass kaum ein Viertel der spanischen Bevölkerung die Republik der Bourbonenmonarchie vorzieht. Zerlegt man die Ergebnisse allerdings nach der Altersstruktur der Befragten, so ergibt sich mit sinkendem Alter eine signifikant wachsende Präferenz für die Republik, die im Jahr 2005 bei der jüngsten Altersgruppe, den 18- bis 25-Jährigen, immerhin bei beachtlichen 38% lag.<sup>22</sup> Fuß gefasst hat dieser neue Republikanismus daher auch längst in der Politik. So offenbart etwa die Kommunistische Partei, der Mehrheitsträger des Parteienbündnisses *Izquierda Unida*, seit einiger Zeit deutliche Anzeichen, sich von der einst mit großer Mehrheit akzeptierten Monarchie zu distanzieren. Die 8., auf dem 17. Parteikongress des *Partido Comunista* im Juni 2005 verabschiedete "politische These" etwa reklamierte in diesem Sinn "die Erinnerung [der Opfer des Franquismus] und die Rehabilitierung all ihrer verletzten Rechte" als eine der notwendigen Bedingungen, "um den Zustand einer von oben bewilligten Demokratie vollständig zu überwinden".<sup>23</sup>

#### 4. Vergangenheitspolitik im Spiegel nationaler Identitätskonflikte

Zur politischen Instrumentalisierung der Vergangenheitsarbeit bekennt sich neben den spanischen Kommunisten auch die linkskatalanistische *Esquerra Republicana* (ERC), die als politische Größe in Katalonien zwar lange Zeit ein Randdasein fristen musste, seit 2003 aber zum Juniorpartner in der dortigen Regionalregierung avancieren konnte. Die jüngsten linkskatalanischen Versuche, die Legitimität der spanischen Monarchie anzugreifen, tragen dabei eine eigene katalanistische Färbung, die auf die zweite klassische Konfliktlinie spanischer Politik verweist: den Zentrum-Peripherie-Gegensatz. Als ob der Bürgerkrieg keine innerkatalanischen Wurzeln gehabt hätte, forderten Vertreter der *Esquerra* mit Blick auf den 1940 vom Franco-Regime standrechtlich erschossenen Regionalpräsidenten Lluís Companys im Jahr 2004 eine Entschuldigung von der Zentralregierung. Und bald darauf wiederholte die Partei ihre Forderung, wengleich es diesmal der spanische König sein sollte, der aufgrund seiner Rolle "als Verbindung zwischen der Diktatur und dem demokratischen Staat" um Entschuldigung bitten sollte.<sup>24</sup>

---

22 Vgl. die Umfrageergebnisse in *El Mundo* vom 20.11.2005.

23 Vgl. hierzu die "politischen Thesen" des XVII. Parteikongresses des PCE, in: <[http://www.pce.es/pcei\\_pl.php?id=512](http://www.pce.es/pcei_pl.php?id=512)> (10.8.2007).

24 Als prominentestes Mitglied der *Esquerra Republicana* und letzter Präsident der republikanischen *Generalitat* war Lluís Companys nach der militärischen Niederlage zunächst nach Frankreich geflüchtet und dort bald darauf der Gestapo in die Hände gefallen. Diese lieferte ihn umgehend an die franquistische Regierung aus, die ihn wenig später zum Tode verurteilen ließ. Vollstreckt wurde das Urteil am

Sieht man einmal von der kalkulierten Provokation ab, die mit derlei Aussagen intendiert war, so ist die vergangenheitspolitische Haltung der *Esquerra* keineswegs untypisch für jene Regionen, die wie das Baskenland und Katalonien traditionell ein gespanntes Verhältnis zum politischen Zentrum in Madrid unterhalten. Die Ursachen für solcherlei Wahrnehmungsdifferenzen sind jedoch vielfältig und reichen zum Teil bis in die Phase der Zweiten Republik und den Bürgerkrieg selbst zurück. Für beide Regionen hatte sich zu dieser Zeit der langgehegte Traum regionaler Autonomie erfüllt – für die Katalanen bereits 1932, für die Basken unmittelbar nach Kriegsausbruch im Herbst 1936. Der Sieg der aufständischen Militärs machte das Erreichte jedoch schon bald zunichte, weshalb die Kapitulation der Republik gar als doppelte Demütigung empfunden werden musste. Auf der Hand liegt zudem, dass die kulturelle Repression des franquistischen Einheitsstaates dort besonders schmerzlich empfunden wurde, wo nicht nur abweichende politische Einstellungen, sondern auch der Gebrauch einer Regionalsprache und somit die kulturelle Andersartigkeit schlechthin verfolgt wurden.

Anders als im übrigen Spanien wurde der Franquismus in Katalonien und im Baskenland zumindest langfristig nicht nur auf Seiten der Linken, sondern auch in weiten Teilen des nationalistisch geprägten bürgerlichen Lagers als Unterdrückungsregime empfunden. Die kulturelle Repression der Diktatur führte in den 50er und 60er Jahren so zur Entstehung eines klassenübergreifenden Antifranquismus, dessen gemeinsamer Nenner die Verteidigung der jeweiligen Regionalkultur und die Wiedergewinnung der politischen Autonomie darstellte. Zwar sind beide Ziele durch die Errichtung des Autonomiestaates seit Ende der 70er Jahre längst erreicht worden; die franquistische bzw. antifranquistische Erfahrung aber hat tiefe Spuren in der politischen Kultur beider Regionen hinterlassen. Und besonders im Fall Kataloniens hat die jüngste Ablösung der christdemokratischen *Convergència i Unió* durch eine linke Dreierkoalition (*tripartit*) unter Beteiligung der bereits erwähnten *Esquerra* derlei Argumenten zusätzlichen Auftrieb gegeben. Gestärkt durch das beste Wahlergebnis seit der Transition, griff die *Esquerra* ihre alte Forderung nach einer juristischen Rehabilitierung von Präsident Lluís Companys wieder auf und trat so neben den Bürgerinitiativen als eine weitere *pressure group* der Zentralregierung gegenüber. Ein erstes Ergebnis dieser Bestrebungen war, dass die Vizeregierungschefin María Tere-

---

15. Oktober 1940 in der berühmten Festungsanlage von Montjuïc. In den 80er Jahren baute die Stadt Barcelona einen in der Nähe befindlichen Steinbruch, der dem Franco-Regime als Massengrab gedient hatte, zu einem öffentlichen Friedhof um und ließ in dessen Zentrum ein Mausoleum für die sterblichen Überreste von Companys errichten. Seit der Transition legen die Präsidenten der *Generalitat* dort alljährlich am 15. Oktober einen Kranz zu Ehren des sogenannten Märtyrer-Präsidenten nieder. Zur Erinnerungskultur in Katalonien vgl. Brinkmann 2007.

sa Fernández de la Vega am 15. Oktober 2004 als erste Vertreterin der Zentralregierung am offiziellen Companys-Gedenken in dem *Fossar de la Pedrera* teilnahm und bei dieser Gelegenheit versprach, eine "vollständige juristische Rehabilitierung" des Ermordeten in die Wege zu leiten.<sup>25</sup>

Für die *Esquerra* bildet die Rehabilitierungsfrage allerdings nur einen Baustein in einem weitaus radikaleren Gesamtprogramm, das letztlich auf die Infragestellung der spanischen Monarchie und eine offene nationalistische Konfrontation mit Madrid abzielt. Dieser Radikalisierung des nationalistischen Diskurses in Katalonien entspricht die lautstarke Renaissance eines spanischen Nationalismus, der nach Jahren der Diskreditierung durch die franquistische Erfahrung spätestens mit dem Wahlsieg von 1996 von konservativer Seite nach und nach wieder salonfähig gemacht wurde. Zu einem regelrechten *clash of nationalisms* kam es dabei vor kurzem im Streit um die sogenannten "Papiere von Salamanca", einen Aktenbestand katalanischer Provenienz, der sich gemeinsam mit anderen Dokumenten von Parteien und Institutionen der Zweiten Republik der 30er Jahre seit Kriegsende im Besitz des Bürgerkriegsarchivs von Salamanca befand. Die ursprüngliche Aufgabe dieses Archivs war es, Informationen über die besiegten Gegner zu sammeln, um so die politischen Säuberungen der Nachkriegszeit zu systematisieren. Das Archiv war somit ursprünglich ein Instrument der franquistischen Repression, wandelte sich während der Transition dann aber zur landesweit wichtigsten Forschungsstelle über die Geschichte des Bürgerkriegs. Da der Archivbestand auch Dokumente enthielt, die die Existenz der katalanischen Autonomie der 30er Jahre dokumentieren, hatte die Regionalregierung bereits Ende der 70er Jahre den Wunsch auf Rückgabe geäußert. Eine erste Abmachung von 1983 sah vor, den Katalanen Kopien zur Verfügung zu stellen. Die schleppende Umsetzung der Abmachung veranlasste die sozialistische Zentralregierung nach einer Beschwerde aus Barcelona dann, 1995 die Rückgabe aller Originaldokumente zu beschließen. Mit dem Wahlsieg der Konservativen ein Jahr später verschoben sich die regionalpolitischen Sympathien der Madrider Regierung jedoch zugunsten der ebenfalls konservativ regierten Region Kastilien-León, woraufhin die Entscheidung der Vorgängerregierung wieder rückgängig gemacht wurde.

Den Fortgang der bizarren Fehde bestimmte nicht nur der neuerliche Regierungswechsel von 2004, sondern auch die große Protestbereitschaft in beiden Regionen. In Katalonien mobilisierte die sogenannte "Kommission der Würde" (*Comissió de la Dignitat*) die Massen, woraufhin die Regierung Zapatero erneut unabhängige Experten zu Rate zog. Diese stimmten schließlich mit klarer Mehrheit für die Rückgabe, was

---

25 *El País* vom 16.10.2004.

in Kastilien-León zu hysterischer Empörung führte. Während der Bürgermeister der vom *Partido Popular* regierten Stadt Salamanca im Frühjahr 2005 den Ombudsmann (*Defensor del Pueblo*) und dann sogar die UNESCO um Hilfe anrief, versuchte die konservative Regionalregierung, die zum staatlichen Kulturbesitz zählenden Archivalien per Gesetz buchstäblich einzumauern. Den Höhepunkt der kollektiven Erregung bildete eine weitere Protestdemonstration in der 160.000-Einwohner-Stadt Salamanca, die im Juni 2005 unter der Führung der Volkspartei mehr als 80.000 Demonstranten auf die Straße brachte. Das offizielle Motto lautete dabei nicht etwa "Für die Einheit des Archivs", sondern nur "Für die Einheit", und zahllose Transparente mit der Aufschrift "Spanien und Archiv = Einheit" ließen keinen Zweifel daran, dass die Initiatoren hier exemplarisch auch eine prinzipielle Haltung gegenüber Katalonien zum Ausdruck bringen wollten.<sup>26</sup>

Diese völlig unverhältnismäßige symbolische Aufladung einer Forschungsstelle, von deren Existenz viele Demonstranten vermutlich erst kurz zuvor erfahren hatten, provoziert geradezu zum Widerspruch. Denn von der Entstehungsgeschichte des Archivs aus betrachtet, lässt dessen Assoziation mit der nationalen Einheit Spaniens nur die Deutung zu, dass hier das autoritäre und exklusiv kastilische Spanien Francos gemeint sein konnte. Die gewaltige Protestbereitschaft in Salamanca ist nicht zu verstehen ohne den Verweis auf die fast parallel zu den Rückgabeverhandlungen laufende politische Debatte um ein neues katalanisches Autonomiestatut. Noch im Wahlkampf 2003 hatte Zapatero in Barcelona seine politische Unterstützung für eine Reform der katalanischen Autonomie in Aussicht gestellt. Der vom *tripartit* dann im September 2005 vorgelegte Entwurf enthielt jedoch mehrere Passagen, deren Konformität mit der spanischen Verfassung in Zweifel stand. Die Folge war nicht nur eine langwierige und konfliktreiche Parlamentsdebatte, sondern auch eine wesentlich vom *Partido Popular* betriebene, landesweite antikatalanistische Mobilisierung, in die sich auch der Streit um die "Papiere von Salamanca" glänzend einfügte. Letzterer endete jedoch lange vor dem Abschluss der Statutsdebatte mit einem entsprechenden Rückgabegesetz, das im September 2005 schließlich vom spanischen Parlament verabschiedet wurde.<sup>27</sup> Erst ein halbes Jahr später endete dann die parlamentarische Debatte um den Statutsentwurf, der schließlich im März 2006

---

26 *El País* vom 12.6.2005.

27 Die Rückführung der katalanischen Aktenbestände wurde 2007 endgültig abgeschlossen. Ähnlich begründete Ansprüche anderer Regionen hatte die Kulturministerin Carmen Calvo übrigens ausdrücklich zurückgewiesen. Die katalanische Ausnahme begründete sie mit der besonderen Qualität der Dokumente, die u.a. die singuläre Existenz Kataloniens als historische Autonomie bezeugen. Vgl. *El País* vom 16.9.2005.

gegen die Stimmen des *Partido Popular* den Kongress passieren sollte. Höchst unzufrieden mit dem Endergebnis war bei dieser Gelegenheit die *Esquerra*, die ihren Protest mit Stimmenthaltung im Parlament zum Ausdruck brachte. Als die Parteiführung der Linksrepublikaner ihren Wählern mit Blick auf die Volksabstimmung in Katalonien im Juni 2006 dann auch noch ein ablehnendes Votum nahelegte, kam es zum politischen Eklat, der wenig später im Bruch des *tripartit* endete.

Die katalanischen Neuwahlen Ende 2006 führten wider Erwarten nicht zu einer "großen Koalition" zwischen Sozialisten und gemäßigten Nationalisten, sondern zu einer Neuauflage des *tripartit*, der unter der Führung des Sozialisten José Montilla rasch auch den Druck in Sachen Vergangenheitspolitik wieder erhöhte. So bestand eine der ersten Maßnahmen der neuen *Generalitat* in der Wiederaufnahme des bereits zwei Jahre zuvor vorgestellten Projekts einer historischen Mahn- und Erinnerungsstätte zur jüngeren Geschichte. Aufgabe dieses sogenannten *Memorial Democràtic* sei – nach den Worten von Joan Saura, dem Präsidenten der Ökosozialisten und zuständigen *conseller* – die Darstellung und Verbreitung der katalanischen Zeitgeschichte seit der Zweiten Republik unter besonderer Berücksichtigung der franquistischen Repression und des Kampfes für die demokratischen Freiheiten. Wenig später kündigte die *Generalitat* außerdem an, einen Gesetzentwurf für die Öffnung der insgesamt 150 in Katalonien identifizierten Massengräber der Bürgerkriegszeit vorzubereiten.<sup>28</sup> Die Initiative stützte sich auf einen Artikel im neuen Autonomiestatut, das der *Generalitat* erlaubt, "alle Bürger, die aufgrund der Verteidigung der Demokratie und der Autonomieregierung von Katalonien verfolgt wurden", zu rehabilitieren. Zugleich sollten diese Vorstöße offenbar den Druck auf das Madrider Parlament erhöhen, um so den stagnierenden Beratungen über das von der sozialistischen Regierung geplante Entschädigungsgesetz einen neuen Impuls zu verleihen.

Kritik an diesen Plänen kam diesmal nicht nur von Seiten der spanischen Rechten, sondern auch aus den Reihen der bürgerlichen *Convergència i Unió*. Anders als der *Partido Popular* verweigerten sich die katalanischen Konservativen zwar nicht grundsätzlich, äußerten jedoch Zweifel an der politischen Ausgewogenheit des künftigen *Memorial Democràtic*. So sorgte man sich im bürgerlichen Lager wohl nicht zu Unrecht um die Vergesslichkeit des *tripartit* hinsichtlich der Opfer der revolutionären Gewalt und der stalinistischen Säuberungen im innerkatalanischen Machtkampf während des Krieges. Und für Unverständnis hatte außerdem die Wei-

---

28 Geschätzt wird, dass in den 150 anonymen Massengräbern in Katalonien rund 9.000 Personen beerdigt sind. Die große Mehrheit dieser Toten waren Soldaten, die bei der Eroberung Kataloniens vom Herbst 1938 bis zum Februar 1939 ums Leben kamen. Rund die Hälfte der Gräber befindet sich daher auf Friedhöfen. Vgl. *El Periódico* vom 18.3.2007.

gerung der Linken gesorgt, den Christdemokraten Manuel Carrasco i Formiguera<sup>29</sup> als Opfer des Franquismus anzuerkennen.<sup>30</sup> Anfang Juni 2007 beschloss die Koalitionsregierung dann jedoch einige Änderungen, die darauf abzielten, unter Beibehaltung einer klaren ethischen Differenzierung zwischen beiden Kriegslagern auch die Opfer politischer Gewalt in der “republikanischen Etappe” mit zu berücksichtigen. Darüber hinaus sieht der Entwurf nun vor, das Leitungsgremium des künftigen *Memorial Democràtic* nicht der *Generalitat*, sondern dem katalanischen Parlament zu unterstellen, um so dessen politische Unabhängigkeit zu gewährleisten. Mit diesen Modifikationen hat der *tripartit* die beiden Kernforderungen der bürgerlichen Katalanisten erfüllt und sich – wie es der Abgeordnete der Ökosozialisten Jaume Bosch formulierte – schließlich der Herausforderung gestellt, deutlicher als je zuvor “die Geschichte in ihrer Gesamtheit anzunehmen”.<sup>31</sup>

### 5. Vergangenheitspolitik ohne Konsens: der schwierige Weg zum “Erinnerungsgesetz”

Die katalanische Kompromissbereitschaft in Sachen Vergangenheitspolitik sucht man auf nationaler Ebene vergeblich. Stattdessen sahen sich die regierenden Sozialisten nach der Präsentation ihres Gesetzentwurfs im Juli 2006 einer doppelten Widerstandsfront gegenüber. Fast unbemerkt in dem Gewitter der kritischen Stimmen blieben indes die relativ moderaten Beurteilungen des Entwurfs seitens der gemäßigten baskischen und katalanischen Nationalisten. Anders als die spanischen Konservativen kündigten diese an, bei der ersten Parlamentsabstimmung lediglich partielle Änderungsanträge einzubringen und so die Weiterbehandlung des Gesetzentwurfs sicherzustellen.<sup>32</sup> Am 14. Dezember 2006, fast ein halbes Jahr später, konnte der Entwurf dann seine erste parlamentarische Hürde nehmen, während die Gegenanträge des *Partido Popular* und der *Esquerra* gleichermaßen scheiterten.

29 Manuel Carrasco i Formiguera war ein führendes Mitglied der *Unió Democràtica de Catalunya*, einer kleinen christlich-katalanistischen Partei, die politisch zwischen der republikanisch-laizistischen *Esquerra Republicana* und der großbürgerlich-konservativen *Lliga Catalana* stand. Bei Ausbruch des Krieges hielt die *Unió Democràtica* loyal zur Republik, wurde jedoch zu einem Ziel des gewalttätigen Antiklerikalismus der Anarchosyndikalisten. Um Carrasco zu schützen, schickte die katalanische Regierung ihn als Handelsvertreter ins Baskenland. Auf der Fahrt dorthin fiel Carrasco den “Nationalen” in die Hände und wurde schließlich im Frühjahr 1938 und gegen den Einspruch des Vatikans hingerichtet. Die *Unió Democràtica* existiert bis heute als Juniorpartner des Parteienbündnisses *Convergència i Unió*. Vgl. Ragner 1978.

30 Zur Kritik an den ursprünglichen Plänen des *tripartit* vgl. den Kommentar von Jordi Pujol in *La Vanguardia* vom 14.12.2006.

31 *El País* vom 8.6.2007; *Europa Press* vom 28.4.2007; <[www.terra.es](http://www.terra.es)> vom 20.3.2007.

32 *Avui* vom 29.7.2006.

Definitiv fest stand damit aber auch, dass als Verhandlungspartner der Regierung nur das Linksbündnis und die bürgerlichen Nationalisten blieben. Und besonders letztere erhöhten jetzt ihren Preis und verlangten im Einklang mit *Izquierda Unida* unter anderem die Annullierung der franquistischen Standgerichtsurteile.<sup>33</sup> Die hartnäckige Weigerung der Regierung, in dieser Frage nachzugeben, führte seit Jahresbeginn 2007 zu einer Verhandlungsblockade. Im April wurde die Öffentlichkeit dann von der Nachricht überrascht, dass Sozialisten und Linksbündnis ein Verhandlungsdurchbruch gelungen sei. Die Kompromissformel sah vor, die Standgerichtsurteile per Gesetz für "illegitim" zu erklären, um einerseits eine generelle Annullierung zu umgehen, andererseits aber dennoch den Weg für Verfahrensrevisionen in konkreten Einzelfällen zu öffnen und so die immer wieder von Familienangehörigen erhobene Forderung nach juristischer Rehabilitierung zu befriedigen.<sup>34</sup>

Um aber auch die erforderliche Unterstützung seitens der baskischen und katalanischen Nationalisten zu gewinnen, wurden an einigen Stellen des Gesetzentwurfs weitere Zugeständnisse nötig. Besonders die christdemokratische *Convergència i Unió* forderte im Sinne des historischen Ausgleichs einen klaren Hinweis auf die antiklerikale Gewalt auf Seiten der Republik, während die baskischen Nationalisten ihre Zustimmung außerdem von der Rückgabe der baskischen "Papiere von Salamanca" nach dem Vorbild Kataloniens abhängig machten.<sup>35</sup> Nachdem auch die Sommermonate ohne jeden Verhandlungsfortschritt verstrichen waren, begann die Zeit für das Reparationsgesetz angesichts des absehbaren Endes der Legislaturperiode im Dezember allmählich knapp zu werden. Und so wuchs noch einmal der Druck von Seiten der Zivilgesellschaft, die sich in Form von Manifesten und Aufrufen an die Politik wandte.<sup>36</sup> Was folgte, waren intensive Verhandlungen gegen die Uhr, die Ende September laut Zeitungsberichten aufgrund mangelnder Einigungsmöglichkeiten kurz vor dem Aus zu stehen schienen. Vermutlich war es schließlich aber doch die Einsicht, dass ein Scheitern in einer derart symbolträchtigen Angelegenheit wenige Monate vor den Parlamentswahlen im März 2008 allen Beteiligten schlecht zu Gesicht stehen würde.

---

33 Vgl. *El País* vom 13.12.2006.

34 Vgl. *El País* vom 19.4.2007.

35 Ähnlich wie im Fall der katalanischen *Generalitat* der 30er Jahre umfasst der Aktenbestand von Salamanca auch zentrale Dokumente der baskischen Autonomie, deren Rückgabe die Regierung aber bereits bei Abschluss der Verhandlungen mit Katalonien definitiv ausgeschlossen hatte, um eine weitere Auflösung des Bürgerkriegsarchivs von Salamanca zu verhindern.

36 Am 20. September präsentierten Vertreter der Bürgerinitiativen und namhafte Intellektuelle – darunter die Schriftstellerin Almodena Grandes und der britische Historiker Paul Preston – ein gemeinsames Manifest mit 500 Unterschriften, das die Regierung zur raschen Verabschiedung des Gesetzentwurfs drängte. Vgl. *El País* vom 31.8. und 21.9.2007.

Davon abgesehen eröffnete der Abstimmungsmodus dieses Gesetzes, das im Parlament Artikel für Artikel beschlossen werden musste, einen gewissen Spielraum für die Partner der Regierung, in bestimmten Sachfragen ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

Nach einem weiteren Verhandlungsmarathon um kleinere Teilaspekte stand dann am Ende der ersten Oktoberwoche definitiv fest, dass das Gesetz mit der Zustimmung des Linksbündnisses und der bürgerlichen Nationalisten eine ausreichende Mehrheit finden würde, der sich zudem drei weitere Kleinstparteien anschließen wollten. Für eine kleine Überraschung sorgte die Vorabstimmung des Gesetzentwurfs in der Verfassungskommission am 17. Oktober, bei der der *Partido Popular* unter Beibehaltung seiner grundsätzlichen Ablehnung immerhin zwei Artikel des Gesetzes unterstützte. Diese betrafen einerseits die Erweiterung von Reparationsleistungen für die Repressionsopfer, sowie andererseits die Entpolitisierung von Francos Mausoleum im *Valle de los Caídos*.<sup>37</sup> Vollständig in der Opposition blieb dagegen die *Esquerra*, die in der entscheidenden parlamentarischen Abstimmung am 31. Oktober alle Artikel des Gesetzes mit Gegenstimmen bedachte und seither nicht müde wurde, von "Betrug" zu sprechen. Damit fanden sich die katalanischen Linksrepublikaner in guter Gesellschaft mit einem beträchtlichen Teil der Bürgerinitiativen und Menschenrechtsorganisationen, die wie *Amnesty International* allenfalls eine graduelle Verbesserung in der Berücksichtigung der Opferrechte erkennen konnten.<sup>38</sup> Tatsache allerdings ist, dass viele der Kritiker des Gesetzes letztlich zu dessen größten Nutznießern zählen werden. Und fest steht ebenfalls, dass die wichtigsten Anliegen der Bürgerinitiativen in beträchtlichem Umfang berücksichtigt wurden: So wird die franquistische Diktatur erstmals offiziell als Unrechtsregime verurteilt; die Reparationsleistungen werden auf alle bislang nicht berücksichtigten Opfergruppen, darunter auch Homosexuelle, ausgedehnt; der Zugang zu den Archiven, die die franquistische Repression dokumentieren, wird erleichtert; der Staat verpflichtet sich, die Exhumierung von "Kriegsverschwundenen" aktiv zu unterstützen; alle Herrschaftszeichen des Franquismus müssen von öffentlichen Gebäuden entfernt werden; das Bürgerkriegsarchiv von Salamanca wird um ein öffentliches Dokumentationszentrum erweitert; das *Valle de los Caídos*

---

37 Der ursprüngliche Plan der Regierung, das *Valle de los Caídos* in ein zeitgeschichtliches Dokumentationszentrum zu verwandeln, hatte den Fortbestand der dortigen Benediktinerabtei bedroht, die von Anfang an als Hüter der Anlage fungiert hatte. Auf Intervention der christdemokratischen *Convergència i Unió* ließen die Sozialisten diesen Plan jedoch fallen und beschränkten sich auf das Verbot von politischen Kundgebungen, was offenbar auch der *Partido Popular* für zustimmungswürdig hielt. Vgl. *El País* vom 8. und 18.10.2007 sowie *La Vanguardia* vom 18.10.2007.

38 Vgl. *El País* vom 19.10.2007.

wird für politische Kundgebungen gesperrt; und die berüchtigten Standgerichtsurteile können künftig vor den zuständigen Gerichten angefochten werden.<sup>39</sup> In der Summe besteht somit kein Zweifel daran, dass das sogenannte Erinnerungsgesetz einen ernsthaften Paradigmenwechsel im offiziellen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit darstellt. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom März 2008 stellen zudem eine baldige Umsetzung aller mit dem Gesetz beschlossenen Maßnahmen sicher. Abzuwarten bleibt dagegen, inwieweit diese vergangenheitspolitische Wende auch das bisweilen widersprüchliche Meinungsbild innerhalb der spanischen Gesellschaft verändern wird.

### Literaturverzeichnis

- Amnistía Internacional (2005): "España: poner fin al silencio y a la injusticia". In: <[http://www.es.amnesty.org/esp/docs/victimas\\_franquismo.pdf](http://www.es.amnesty.org/esp/docs/victimas_franquismo.pdf)> (5.5.2008).
- Aróstegui, Julio (2006): "Traumas colectivos y memorias generacionales: el caso de la guerra civil". In: Aróstegui, Julio / Godicheau, François (Hgg.): *Guerra Civil. Mito y Memoria*. Madrid, S. 57-92.
- Bernecker, Walther L. (1988): "Vergangenheitsbewältigung auf spanisch. Die spanische Diskussion zum 50. Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns". In: *travía*, 9, S. 17-20.
- Brinkmann, Sören (2007): *Katalonien und der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte und Erinnerung*. Berlin.
- Consejo de Ministros (2006): "Proyecto de Ley por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la guerra civil y la dictadura". In: <<http://www.mpr.es/Documentos/memoria.htm>> (1.3.2008).
- Equipo Nizkor (2004): "La cuestión de la impunidad en España y los crímenes franquistas". In: <<http://www.derechos.org/nizkor/espana/doc/impuesp.html>> (5.5.2008).
- Froidevaux, Alexandre (2007): *Erinnerungskultur 'von unten' in Spanien*. Berlin.
- Gálvez Biesca, Sergio (2006): "El proceso de la recuperación de la 'memoria histórica' en España. Una aproximación a los movimientos sociales por la memoria". In: *International Journal of Iberian Studies*, 19, S. 25-51.
- Juliá, Santos (Hg.) (2006): *Víctimas de la guerra civil*. Madrid.
- Ledesma, José Luis / Rodrigo, Javier (2006): "Caídos por España, mártires de la libertad. Víctimas y conmemoración de la Guerra Civil en la España posbélica (1939–2006)". In: *Ayer*, 63/3, S. 233-255.
- Moa, Pío (2004): *1934, comienza la guerra civil. El PSOE y la Esquerra emprenden la contienda*. Barcelona.
- Navarro, Vicenç (2003): *Bienestar insuficiente, democracia incompleta. Sobre lo que no se habla en nuestro país*. Barcelona.

39 Die am 31. Oktober 2007 vom Parlament beschlossene Fassung des Gesetzentwurfs findet sich im *Boletín Oficial de las Cortes Generales* vom 27.12.2007.

- Pedreño, José María (2004): “Apoyar a la ARMH es enterrar la memoria”. In: <[http://www.nodo50.org/foroporlamemoria/documentos/jmpedreno\\_23012004.htm](http://www.nodo50.org/foroporlamemoria/documentos/jmpedreno_23012004.htm)> (5.5.2008).
- (2005): “Recuperar la memoria es luchar por la III República”. In: <[http://www.nodo50.org/foroporlamemoria/documentos/2005/pedrenyo\\_14042005.htm](http://www.nodo50.org/foroporlamemoria/documentos/2005/pedrenyo_14042005.htm)> (5.5.2008).
- Rager, Hilari (1978): “Catòlics catalans contra l'alçament. La ‘Unió Democràtica de Catalunya’”. In: *L'Avenç*, 10, S. 46-51.